

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Der Abonnementspreis beträgt monatlich 4 Mark, vierteljährlich 12 Mark; durch die Post bezogen monatlich 5 Mark, vierteljährlich 15 Mark. — Fest- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schubb; Druck: H. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Schriftl. Bureau, Wilmshausen Str. 38-42, Telefon-Nr. 88, 89 u. 98. Telegr.-Adr.: Althausen Wilmshausen.

Zum Frankfurter Kongress der Bergarbeiter-Internationale.

Zum 28. Male treten am 6. August Delegierte der wichtigsten Bergbaureviere der Welt zusammen. Frankfurt am Main ist diesmal ihr Tagungsort. Wie immer, so sind auch jetzt die Beratungsgegenstände so wichtig, daß sie die allgemeine Beachtung in ihren Bann ziehen. Bergbaugesetzgebung, Arbeitsbedingungen, soziale Fürsorge, Demokratisierung der Betriebe und Sozialisierung des Bergbaues überhaupt, internationale Kohlenverteilung usw., das alles sind Fragen, welche weit über die Bergbaukreise hinaus Interesse erregen.

Wir wollen an dieser Stelle keine Geschichte schreiben. Aber eine kurze Rückchau sei gestattet. Nicht zuletzt, ja wohl hauptsächlich war es der große Aufstand der Bergarbeiter im Jahre 1889, der die Aufmerksamkeit der Bergarbeiter aller Länder auf die deutschen Bergbauverhältnisse lenkte. Dieser Streik brachte den deutschen Bergarbeitern nicht nur den Organisationsgedanken, durch den Streik waren auch die Bergarbeiterfragen in den Vordergrund des öffentlichen Interesses getreten. Dieses ließ in England, wo die Bergarbeiterorganisationen schon erfahrungsgeläufige Wirksamkeit hinter sich hatten, den Gedanken der internationalen Bergarbeiterverständigung lebendig werden. Noch im Jahre 1889 schrieb der schon vor Jahren verstorbene englische Kamerad Bickard an unseren auch schon in der Erde ruhenden Ludwig Schröder einen Brief, in welchem der Wunsch auf internationale Verständigung ausgedrückt wurde. Nach Überwindung aller organisatorischen und landesgesellschaftlichen Schwierigkeiten konnte am 20. Mai 1890 in Salimont (Belgien) der erste internationale Bergarbeiterkongress eröffnet werden. Anwesend waren 106 Delegierte aus Großbritannien, Frankreich, Belgien, Deutschland und Österreich-Ungarn. Das Gefüge der dort geschaffenen Bergarbeiterinternationalen war jedoch noch zu locker, denn die vereinbarten Schranken monarchistischer Gesetzgebung erlaubten den deutschen und österreich-ungarischen Bergarbeitervertretern nicht die Zustimmung zu einem „Internationalen Verband“ in aller Form. Dieser Zustand bestand bis nach dem Kriege. Man mußte sich mit der Einsetzung eines internationalen Komitees mit einem Präsidenten, Kassierer und Generalsekretär beschränken. London wurde als Sitz bestimmt. Das internationale Komitee erhielt den Auftrag, die Verbindung der „Bergarbeiter jeglicher Nation“ zu festigen, ihre Berufsinteressen zu fördern und schließlich einen Kongress zu arrangieren. Die Reichsregierung über aktuelle Bergarbeiterfragen wurde dem Jahreskongress vorbehalten. Unter den Mitgliedern des ersten internationalen Bergarbeiter-Komitees befanden sich die Organisationsführer Thomas Burt, Ben' Richard, Enach Edwards und W. Abrahams (Großbritannien); Ludwig Schröder und Herrn. Sachse (Deutschland); Wasilj und Lamendin (Frankreich); Desfuet, Cabrot und Marville (Belgien), Cingr und Ebert (Österreich). Nach dem Tode Edwards übernahm Robert Smillie des Präsidium des internationalen Komitees.

Der Kreis der Internationale erweiterte sich. 1904 trat ihm der amerikanische Bergarbeiterbund (United Mine Workers) bei. Am dem Kongress in London (1906) nahm erstmalig auch eine Delegation des christlichen Gewerkschafts teil. Am nächsten Kongress in Salzburg beteiligten sich auch die polnische Berufsvereinigung und der Hirsch-Duncker-Gewerksverein. 1909 trat auch der holländische „Mijnwerkersbond“ der Internationale bei.

Der Weltkrieg setzte auch die Bergarbeiterinternationale außer Aktion und brachte ihr eine länger als fünfjährige Inaktivität. Die Stellung, gegen den Krieg gehört seit der Gründung der Bergarbeiterinternationalen zu ihrem Programm. Bereits 1890 in Salimont wurde dem Gedanken des Völkerefriedens gehuldigt und auf allen weiteren Kongressen kam dies zum Ausdruck. Im Vortisch 1905 wurde eine von Hue und Burt begründete Entschließung angenommen, welche die „Regelung aller internationalen Streitigkeiten auf friedlichen Wege“ forderte. In London 1906 und Salzburg 1907 wurde im gleichen Sinne manifestiert und 1908 in Paris hielt Jean Faurès als Gast eine Rede, in welcher er das Gedächtnis der Bergarbeiterinternationalen als eine Friedensbürgschaft feierte. Der Kongress 1913 in Karlsbad stimmte einem Vorschlag zu, wonach im Falle drohender Kriegsgefahr das internationale Bergarbeiterkomitee einen außerordentlichen Kongress

einberufen sollte. Die Ausführung dieses Beschlusses wurde im Juli 1914 durch die Absperremaßnahmen der Kriegsparteiler durchkreuzt!

Es zeugt jedoch für die Tiefe der bereits erfolgten Verständigung, daß schon am 26. August 1919 das internationale Komitee sich in Amsterdam versammelte, die durch die Kriegsverbrechen geschaffene Weltlage besprachen und die Einberufung des 25. internationalen Kongresses nach Genf verabredeten konnte. Allen Schwierigkeiten und den durch den Krieg aufgetriebenen Leidenschaften zum Trotz konnte am 2. August 1920 der Kongress beginnen. Er war besetzt mit 148 Delegierten in Vertretung von 2 014 215 gewerkschaftlich organisierter amerikanischer, britischer, deutscher, französischer, belgischer, österreichischer, tschechischer, ungarischer, polnischer, holländischer und luxemburgischer Bergarbeiter. Dieser Kongress zerriss das Bürgengewebe militäristischer Kriegstreiber. Tiefster, ehrlichster Haß gegen den Verderber Krieg durchloberte die Kriegsteilnehmer und ließ sie entschlossen in den Ruf einstimmen: „Nieder mit dem Krieg! Es lebe die Internationale der Bergarbeiter!“

Noch mehr brachte uns dieser Kongress. Die deutschen und österreichischen Monarchisten waren niedergestreckt und stand der Aufrichtung der Bergarbeiterinternationalen nichts mehr im Wege. Nach dem neuen Statut fecht sich der „Internationale Bergarbeiterverband“ zusammen aus den zentralen oder nationalen Organisationen der Bergarbeiter aller Länder, die sich anschließen und die gegenwärtigen Statuten und Kongressbeschlüsse ehrenhaft befolgen. (Diese Befolgung scheint allerdings den Gewerkschaften schwer gefallen zu sein, denn sie haben im letzten Jahre eine „Internationale christlicher Bergarbeiter“ für sich geschaffen und sich so von den Genfer Beschlüssen entbunden. Die Sozialisierungsresolution muß ihnen schlecht bekommen sein.)

Schon wiederholt hat Deutschland die Abgeordneten des internationalen Bergarbeiterkongresses beherbergt. Zuerst 1894 in Berlin, dann 1896 in Wachen, 1902 in Düsseldorf und 1909 nochmals in Berlin. Damals war es noch das monarchistische Deutschland. Als 1894 die Vertreter der Bergarbeiterinternationalen auf deutschem Boden zusammenkamen, da schienen die deutschen Feinde der Bergarbeiter den Verband verloren zu haben. Auf deutschem Boden ein internationaler Kongress! Das war unerhört. In diese Zeit fiel die schlimmste Peke gegen unseren Verband. Es kam die Gründung des gegenwärtigen christlichen Gewerkschafts. Jechenbesitzer, Fabrikanten, Geistliche und genossenschaftliche Bergarbeiter schwenkten den roten Rappen, um die Wäffen vor dem Verband grüßelig zu machen, mit dem Erfolg, daß Zucht- und Gefängnisstrafen auf alle, die an der Spitze des Verbandes standen, niederhagelten. Das waren traurige Erfolge dieser Heber. Dadurch ermutigt, machten die Gegner von der Waffe der Denunziation weiteren Gebrauch in der Hoffnung, unseren Verband zugrunde zu richten. Es gelang nicht!

Unser Verband der Bergarbeiter Deutschlands wuchs. Als 1909 sich die Delegierten der Bergarbeiterinternationalen in Deutschland versammelten, da wurden sie von 110 000 freigeordneten Bergarbeitern willkommen geheißen. Heute, Kameraden von jenseits der Grenzen und Meere, heute grüßen euch 450 000.

Seid uns herzlich willkommen! Ihr kommt zu einer härteren Arbeit zusammen. Die Völker setzen unter den Kriegsfürsten und dem Versailles Diktat. Besonders die Bergarbeiter leiden unter dem Spa-Abkommen. Der Imperialismus hat eine wahnsinnige Wirtschaft eröffnet. In den meisten kohlenproduzierenden Ländern herrscht eine Überproduktion, Kohlenüberfluß und Arbeitsmangel. Das deutsche Volk wird zur Verzweiflung getrieben durch Kohlenmangel. Trotzdem werden uns monatlich große Mengen Reparationskohlen abgenommen, welche die Lage der Auslandsamerikabergarbeiter verschlechtern. Ist das nicht Wahnsinn? Seltener Wahnsinn!

Der Kongress muß die Waffen schmieden, mit welchen der verbrecherische Imperialismus niedergelegt wird. Hierzu ein kräftiges Glück auf!

Der deutschen Wirtschaft Schicksalsfrage.

Das Schicksal ist die Wirtschaft. — Walter Rathenau prägte dieses Wort auf der vorjährigen Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, und gerade das Wirken dieses abnungsreichen Mannes bewies, daß nicht nur der Handel, sondern auch der Duldende es vermag, sein Schicksal zu meistern. Und diesem Beispiel müssen wir auch folgen, wenn in diesen Tagen die deutsche Wirtschaft wieder von den heftigsten Niederlagen gezeichnet wird, wenn die innen- und außenpolitische Lage des Reiches aufs höchste gespannt ist, wenn fürchterliche Reparationsforderungen und die Hoffnung zu rauben drohen, daß wir durch Arbeit wieder selbst unser eigenes Glück gewinnen können. Nichts wäre verblüffender, als gerade jetzt die Hände milde in den Schoß zu legen und in verzweifelter Ergebnislosigkeit unter der Wucht des auf uns einstürzenden Unheils freien Lauf zu lassen. Die bloße Konstatierung der Tatsache unseres finanziellen Zusammenbruchs hilft uns verdammt wenig, es gilt Schlimmeres zu verhindern, es gilt zu verhindern, daß der deutsche Produktionsapparat aus Mangel an Wärmekraft in großen Teilen zum Stillstand kommt.

Durch Krieg und Friedensvertrag ist Deutschland verarmt, seine reichen Kohlenlager sind beinahe erschöpft, im wachsenden Maße muß es Rohstoffe, besonders Kohle und Eisen aus dem Auslande einführen. Für alles aber, was Deutschland kauft, muß es in bar bezahlen. Es kann aber nur zahlen durch seine Exportarbeit, mit dem Produkte seiner Arbeit, mit dem Produkte seines Denkens, mit dem Produkte seiner technischen

Fähigkeiten. Es ist deshalb notwendig, daß Deutschland eine aktive Handels- und Zahlungsbilanz hat, d. h. es muß mehr ausführen als einführen. Tatsächlich führen wir jetzt mehr ein als aus. Auf diesem Wege kann es keine Gesundung geben. Unsere Einfuhr ist vorbelastet mit einem Bedarf von 2,5 Goldmilliarden Lebensmitteln und 2,5 Goldmilliarden Rohstoffen — anders ausgedrückt heißt das, daß rund 4 Millionen Menschen Arbeit leisten müssen, die früher nicht nötig war und die das Arbeitsergebnis gegen früher nicht verbessert. (Nede Rathenau vor dem Obersten Rat in Cannes.) Dieser Einfuhrbedarf ist nun in den letzten Monaten dadurch erheblich gesteigert, daß die deutsche Wirtschaft gezwungen war, ihre mangelhafte einheimische Brennstoffversorgung durch Zukäufe hauptsächlich englischer Kohlen zu ergänzen.

Die Klagen über unsere Brennstoffnot sind nicht neu, seit Monaten werden sie erhoben, seit Monaten auch bemüht man sich, die heimische Kohlenlage zu verbessern. Umsonst! Die drückenden Reparationskohlenverpflichtungen wurden, besonders hinsichtlich der Kohllieferungen, mehr und mehr erhöht; mit der Abtrennung Oberschlesiens verloren wir 77 Prozent der früheren obersteleischen Förderung oder rund 20 Prozent der Gesamtförderung Deutschlands, dazu ging die Förderung in den Deutschland verbliebenen Revieren, insbesondere im Ruhrgebiet, von Tag zu Tag um rund 10 Prozent der deutschen Gesamtförderung zurück.

Deutschland benötigte nach vorherigem Abzug des Bedarfs für den heimischen Verbrauch und der Deputatkohle im Monatsdurchschnitt 1913 und in seinen gegenwärtigen Grenzen 9,32 Millionen

Tonnen Steinkohle. Zu einem solchen Verbrauch fehlen heute 3,32 Millionen Tonnen im Monat oder 33,8 Prozent. Schon jetzt sind infolgedessen große Teile des täglichen Produktionsapparates unausgenutzt, d. h. an vielen Stellen arbeitet man bereits mit erheblichen Betriebsbeschränkungen. Um einer vollständigen Eintrocknung der Produktion zu entgehen, mußte die Einfuhr ausländischer Kohle durch Vereinfachung von der Kohlensteuer erleichtert werden, ja noch mehr, mußten die Organe der deutschen Kohlenwirtschaft direkt zum Bezuge ausländischer Kohle auffordern.

Die Einfuhr fremder Kohle hat nun einen alle Erwartungen übertreffenden Umfang angenommen. Während wir im ganzen Jahre 1921 nur etwas über 1 500 000 Tonnen Steinkohle aus dem Auslande heringebracht haben, betrug die Einfuhrmenge aus England allein im Juni schon 1 300 000 Tonnen und steigerte sich im Juli auf 1 500 000 Tonnen. Daneben werden erhebliche Mengen aus Holland, dem Saargebiet und jetzt auch aus Böhmen-Oberschlesien bezogen, dem nur geringe Ausfuhrmengen aus Staatsverträgen gegenüberstehen. Der jetzige Import aus England macht rund 62 Prozent mehr als im Frieden aus, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß der Gebietsumfang des Reiches gegenüber 1913 bedeutend verkleinert ist.

Für die deutsche Wirtschaft und für die deutsche Finanzlage wird dieser Zustand auf die Dauer unerträglich. Man muß sich schon mal klar machen, wie sich diese Kohleneinfuhr auswirkt. Zu dem Kurse vom 1. August stellte sich die Tonne englischer Kohle in Hamburg im Durchschnitt auf 4400 Mark, wozu natürlich beim Weiterverkauf in das Innere des deutschen Reiches je nach der Entfernung noch entsprechende Frachtkosten hinzukommen. Bei einer monatlichen Einfuhr von Kohlen aus Großbritannien von 1 500 000 Tonnen wird die deutsche Zahlungsbilanz allein dadurch mit 6,6 Milliarden Papiermark im Monat belastet, eine Summe, die nicht viel geringer ist, als die monatlichen Reparationszahlungen von 50 000 000 Goldmark. Die englischen Kohlen frei Hamburg stellen sich etwa auf das 2½fache der deutschen, ab Seche gerechneten Preise. Wenn man weiter bedenkt, daß einzelne Industrien 50—60 Prozent ihres gesamten Kohlenbedarfs durch den Bezug englischer Kohlen decken müssen, so wird klar, daß durch die Verteuerung der Kohle die Betriebskosten der Fabriken im Inlande steigen müssen.

Aber nicht nur die Industrie, sondern auch die Reichseisenbahn, Gaswerke, Elektrizitätswerke und andere öffentliche Einrichtungen haben in der letzten Zeit sehr beträchtliche Mengen englischer Kohlen beziehen müssen, ohne daß es ihnen gelang, ausreichende Vorräte zu sichern. Die Dienstkohlenvorräte einzelner Eisenbahn-Direktionsbezirke reichen nur noch für wenige Tage, der gesamte Bestand geht nicht über den Bedarf von 12 Tagen hinaus. Für die Erntetransporte fehlen jegliche Vorräte. Ähnlich geht es den Gas- und Elektrizitätswerken. Von den Elektrizitätswerken haben Bestand: Spandau 6, Dortmund 5, Gerbede, Schwelm und Straßburg je 2, Sattungen 3 Tage. Sehr große Bestände werden nur noch mit englischen Kohlen in Betrieb gehalten. Eine geringe Störung im Kohlenzulauf und große Werke stehen still. Für den Hausbrand stehen auch nicht die geringsten Vorräte zur Verfügung — eine Tatsache, die vielleicht der Bergmann als Deputatempfänger nicht besonders in Rechnung stellt, die aber Millionen seiner Arbeitsbrüder für den Winter das Schlimmste befürchten läßt.

Könnte man vor Monaten noch hoffen, die damals schon bestehende Kohlenkrise durch produktionssteigernde und organisatorische Maßnahmen zu beheben, so haben sich diese gegenüber dem Ausmaße der gegenwärtigen Kohlennot als zu schwach erwiesen. Kommt es jetzt zu umfangreicheren Produktionsstößen, und diese drohen in der Tat, wenn es nicht gelingt, den Produktionsapparat in annähernd ausreichendem Maße mit heimischen Brennstoffen zu beliehen, so wird neben Arbeitslosigkeit die Hungersnot für tausende von Proletariern zur grauenhaften Tatsache. Und ehe es an Verhungern geht, geschieht noch etwas anderes — Hunger macht Schand- — dann kommt es zu einem blutigen Kampfe zwischen Armen und Reichen. Das ist nicht zu schmerzhaft gemalt. Schon heute ist die materielle Grundlage unserer sozialen Gesetzgebung schwankend, sie würde mit dem Produktionsstillstande zerbrechen, damit auch die sozialen Errungenschaften der letzten Jahre.

Wir müssen Herr bleiben unseres Schicksals und wir werden es meistern, als tätige Mitträger der Wirtschaft. Wir glauben an die Zukunft und an die Heiligkeit aller Arbeit, die Zukunft in sich trägt.

Trockene Lage der engl. Bergarbeiter.

Die großen Leidtragenden des Versailler Vertrages.

Immer lauter, verzweifelter werden die Klagen aus den englischen Kohlenbezirken. Sie verhallen ungehört. Die amtliche oder parlamentarische Welt, der sie vor allem gelten, ist mit dem Drehen der Paragraphenmühle dermaßen beschäftigt, daß sie keinen Sinn für den vielstimmigen Schrei der Bergleute hat. Und die Gewerkschaftsorganisationen der anderen Industrien haben kaum Kräfte und Mittel, sich der Verdrückung ihrer eigenen Lage zu widmen, geschweige der der Bergknappen. So stehen diese denn zwischen dem Teufel und der tiefen See, ohne sagen zu können, wann und von wem ihnen eine rettende Brücke geschlagen wird. Streng genommen vermöchten auch die Gewerkschaften, selbst wenn sie wollten, das gegenwärtige Unheil nicht zu bannen.

Veruchen wir, das furchtbare Dilemma der Bergleute klar zu machen:

Nach dem dreimonatigen Ausstand des Vorjahres kam ein Abkommen zustande, das den britischen Bergbau in dreizehn Bezirke teilte und die Lohnhöhe jedes dieser Bezirke nach seiner finanziellen Leistungsfähigkeit bestimmte. Immerhin wurde diesem Abkommen ein nationaler Mindestlohn festgesetzt, der 20 p. d. über den Grundlohn vom März 1921 steht, plus den im Juni 1914 geltenden Bezirkszuschlag, plus einen Zuschlag von

Bei dem Versuch, die Monarchie wieder aufzurichten, würden diese Reaktionsäre todsicher den „Schritt der Massen“ in einem solchen Marschtempo zu hören bekommen, daß ihnen Sören und Sehen verginge. Ihr Herran von der Reaktion: in dieser Hinsicht wird die deutsche freie Arbeiterschaft stets auf der Wacht stehen, maßlosereit sein und das Pulver troden halten. Mögen daher diese gewissenlosen Leute gewarnt sein, ja die Finger von dieser gefährlichen Sache zu lassen, denn hierbei würden diesen Leuten todsicher persönliche Unannehmlichkeiten entstehen. In ihre eigene Brust könnten dann diese Leute in einem solchen Falle schlagen und sprechen: „Mea culpa“, d. h. eigene Schuld.

Ihr Herren von Reaktion: hört und denkt stets daran, daß die Mehrzahl der deutschen Volksgenossen eine soziale Seele haben, die sich nach „Gut und Freiheit“, nach „Menschlichkeit und Menschlichkeit“ sehnen und wenn man ihnen dieses nicht bald freiwillig gibt, so daß bald erlöschten werden.

Die „Bayerische Staatszeitung“, welche als parteipolitisch streng neutral bekannt ist, schrieb in ihrer Nr. 8 vom 15. März 1921 u. a. folgendes:

„Es geht durch die Köpfe mancher Leute, die nichts vergessen, aber auch nichts gelernt haben, so etwas wie das Wittern neuen Mordlust und sie ainen auf, weil sie eben in frischer Luft nicht wohl fühlen. Diese möchten wir, die wir wahrlich keine Freunde des Umsturzes sind, einbringlich warnen. Ob ein zweites Mal die Bereitwilligkeit ebenso groß sein würde, Rückständige mitzuschleppen, steht sehr dahin.“

Dem möchte ich noch folgendes hinzufügen: Bekanntlich hatte damals im November 1918 fast überall in Deutschland das Berufsbeamtentum die Erklärung abgegeben, manche von ethischem Vorzug beseelt, andere, wie heute feststeht, werden sich gesagt haben, vordringend kann man ja die Sache mitmachen, wobei andere aus Angst; daß sie sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellen und auch unter der neuen Regierung (Volksstaat) ihre Schuldbiligkeit um würden. Es wäre direkt unethisch, wenn heute jemand sagen möchte, daß diese Beamten in ihrer Mehrzahl in demselben Sinn die Schuldbiligkeit nicht getan hätten, aber es muß auch heute gesagt werden, daß viele dieser Beamten auch in reaktionärer Hinsicht „voll und ganz ihre Schuldbiligkeit getan“ haben.

Die alte deutsche Moral sagt: „Wer sein Wort bricht, ist ein Ehrloser; wer es gibt, mit dem Vorzug, es zu brechen, gehört an den Galgen.“

Wenn ein Beamter, der seinerzeit an Eidesstatt durch eigenhändige Unterschrift der republikanischen Staatsverfassung Treue gelobt hat, sowie sich sein Gehalt von der Republik zahlen läßt, für Wiederaufstellung der Monarchie agitiert, manche Beamten sogar während ihrer Dienststunden ähnliche Bemerkungen über die Republik und deren Errungenschaften macht, sowie auf die „Gaujudentregierung“ schimpft, so muß dieses als eine sehr große Charakterlosigkeit bezeichnet werden und spricht sich damit der betreffende Beamte sein moralisches Urteil selber.

Man kann fast immer die Beobachtung machen, daß solche reaktionäre Beamten gleichgearteten reaktionären Dienstbehörden unterstellt sind und mit deren Einverständnis für Wiederaufstellung der Monarchie agitieren. Diese Beamten sind dann gewöhnlich bei solchen reaktionären Dienstbehörden „Personae gratae“, angenehme Personen, und stehen in dem Ruf eines sehr tüchtigen Beamten, wenn dieselben auch, was meistens der Fall ist, in dienstlicher Hinsicht eine sogenannte „Null“ sind.

Bei manchen, gerade bei den erregtesten Beamten, kann man wahrhaftig so eine kleine Auserkennung wahrnehmen, die anfängt mit „Schwarzrotgelb“ in „Schwarzrotgelb“ überzugehen, wenn sie nicht gar noch bei manchen dieser Leute, wie im November 1918, noch „blutrot“ wird.

Die einzelnen Stadtregierungen mögen unter dem nur Unheil stiftenden reaktionären Beamtentum halbwegs mit einem Wefen Ausschere halten und damit diesen sehr gefährlichen Explosionsstoff hintwegkühlen, ehe es zu spät ist und dieses dann deshalb von anderer Seite besorgt werden muß.

Jeder Deutsche, mag er parteipolitisch orientiert sein wie er will, besitzt von ehrlcher Vaterlandsliebe, hat die Pflicht, auf besten Kräfte mitzuwirken an Wiederaufbau unseres Armes, nachkommen geborenen Vaterlandes. Nicht durch Kurzsichtigkeit, nicht durch eifrige Agitation für die Rückkehr der sogenannten „Gottbegnadeten“ äußert sich die echte Vaterlandsliebe, sondern dadurch, daß ein jeder an seiner Stelle, sei er Kopf oder Handarbeiter, von dem Pflichtbewußtsein durchdrungen ist, nach besten Kräften mitzuwirken am Wiederaufbau, damit wir aus dem Sumpf, in welchen eine Klasse unverantwortlicher Menschen das deutsche Volk stürzte, bald herauskommen.

Gerade wir Vergleiche müssen dieses besonders beachten, da wir sozusagen die Kerntruppen für den Wiederaufbau unseres Armes, als samengebrachten Vaterlandes bilden, denn ein wichtiger, wenn nicht sogar der allerwichtigste, Baustein liegt unter der Erde und wird von uns dem Tageslicht zugeführt. Vorher werden die Verdienste der Vergleiche in dieser Hinsicht noch viel zu wenig anerkannt.

Wenn wir, Kopf und Handarbeiter, Hand in Hand miteinander arbeiten, gestützt durch gegenseitiges Vertrauen, durchdrungen vom Gemeinschaftsgefühl und jederzeit treu zur Republik stehen, dann wird auch bald aus den Ruinen des zusammengefallenen monarchistischen Staatsgebäudes das Staatsgebäude des Volksstaates sich erheben, in welchem jeder Deutsche, wenn er nur „ehrlcher Republikaner“ ist, sich wohl fühlen kann.

Ein Brief aus Amerika.

Ein Verbandskammerad erhält von einem nach Amerika ausgewanderten Verbandskammerad, dem Kameraden Franz Lindgens, einen Brief, in welchem die Zustände im amerikanischen Bergbau geschildert werden und auch der jetzige Streik gestreift wird. Der Brief, datiert vom 14. Juni, entnehmen wir folgende Stellen, die von allgemeinem Interesse sein dürften:

„Ich bin in fünf verschiedenen Staaten gewesen und habe überall, wo ich war, Augen und Ohren offen gehalten. Zwischen den Grubenbesitzern und den organisierten Bergarbeitern werden immer für eine Zeit von zwei Jahren die Lohnverträge abgeschlossen. Ein solcher Vertrag dieses Jahr am 31. März ab. Vorher schon, im Januar oder Februar, werden von den organisierten Bergarbeitern Delegierte an gewisse Orte geschickt, um mit den Delegierten der Grubenbesitzer über neue Lohnverträge zu beraten. Unsere Forderung lautet diesmal: keine Lohnreduktion und Einführung des sechsstündigen Arbeitstages. Aber umsonst wurden diesmal unsere Delegierten geschickt. Die Grubenbesitzer antworteten uns nicht, ja sie schickten nicht einmal Delegierte. Am 1. April d. J. traten über 600 000 organisierte Miners (Bergarbeiter) in den Ausstand. Die unorganisierten Miners versprachen uns ihre Hilfe, indem sie auch am 1. April mit in den Ausstand treten wollten, jedoch leider haben sie nur teilweise ihr Wort gehalten. Ebenso versprachen uns die Eisenbahner ihre Hilfe, indem sie keine Kohlen aus den unorganisierten Kohlenrevieren transportieren wollten, aber leider auch nur teilweise haben sie Wort gehalten.“

Im westlichen Pennsylvania und östlich Ohio haben einige Unternehmer den Antikarbonskandal 60 Prozent und den Arbeitern der bituminösen Kohlen 40 Prozent Lohnreduktion angeboten, die jedoch nicht angenommen wurden. Man will mit aller Gewalt die Kohlenpreise wieder senken. Da während des Krieges die Lebensunterhaltskosten rasch in die Höhe stiegen, wurden auch die Löhne erhöht. Ein Fall der Lebensunterhaltskosten ist kaum zu führen. Aus diesem Grunde können wir auch keine Lohnreduktion annehmen. Das Kapital, dem ja gewöhnlich alle Einkommensmittel zur Verfügung stehen, will absolut nicht allein unsere, sondern auch andere Arbeiterorganisationen brechen und leider haben sie durch Kontraktbruch einen Keinen Keil in unsere Organisationen hineingebracht.

Die Beiträge zur Organisation werden monatlich von der Sache abgezogen. Im Januar d. J. erklärten plötzlich die Grubenbesitzer, daß sie dieses System abschaffen. Die Organisation sollte diese Beiträge selbst eingeben. Unerseits wurde darauf hingewiesen, daß dieses im Kontraktbruch seitens der Grubenbesitzer liege, weil die Kontraktverträge noch nicht abgelaufen wären. Wir drohten mit Streik. Nur im Staate Kansas haben die Herren den Versuch gemacht und der Führer der Organisation des Staates Kansas erklärte sofort den Streik, daß aber leider nur teilweise befolgt wurde. Es kam zu bösen Streikgezeiten, der Führer wurde eingelockt. Einmal Tages wurden die Streikbrecher von über 2000 Frauen und Mädchen begleitet mit Schießwaffen und riefen den Grubenbesitzern zu, daß sie nicht an ihren Frauen und Töchtern zu vergriffen. Die Polizei erklärte sich machtlos und so eskalierte die Situation.

Um die Miners gegeneinander zu hegen, haben die Grubenbesitzer vom Dezember 1921 bis Januar 1922 ungefähr die Hälfte der Gruben stillgelegt. Die andere Hälfte arbeitet mit Vollkraft. Dadurch sind sehr viele Miners schon seit ungefähr sechs Monaten ohne Arbeit. Da weiß es wohl schon in den Zeitungen gelesen haben, wie es in den Staaten West-Virginia und Kentucky hergeht. Dort ist seit 1½ Jahren ein furchtbarer Krieg los und wider die Organisation.

Ich war 3½ Jahre in dem südlichen Staat Alabama. Dort herrschen noch Zustände, wie sie im Mittelalter oder zur Zeit der Inquisition nicht drüger gewesen sein können. Vier Jahre lang, von 1882 bis 1886, wurde Krieg geführt zwischen den Grubenbesitzern und den Miners. Aber früher waren eine Anzahl Nigger (Negers) Sklaven eines Herrn, heute sind sämtliche Nigger Sklaven aller Herren. In den Städten und Orten wohnen die Nigger nicht mit Weißen zusammen, sondern in abgesonderten Vierteln. Auf den Bahnhöfen haben sie eigene Wartehäuser. Auf den Eisen- und Straßenbahnen eigene Abteile. Gehen nicht alle weißen Passagiere weg, so

müssen die Nigger heraus. Der Staat Alabama hat noch fünf Minen für Gefangene (hier Condit Mines genannt, d. h. Gruben für Gefangenenbeschäftigung). Eine Mine ist für Weiße und vier für schwarze Verbrecher. Da die Kohle meist bis zu Tage geht, so haben die weißen Gefangenen oft Gelegenheit zur Flucht. Kein Weißer wird in diesen Gruben gefangen oder nur sehr selten. Der schwarze dagegen hat während des ganzen Strafzuges Eisenringe um die Hüften, die mit einer Kette verbunden sind. Einmal hatten wir dort einen Streik. Als derselbe anfangen erbittert zu werden, kamen eines Tages Sheriffbeamte in den Niggercamp und erklärten den Niggern, falls sie nicht am nächsten Morgen zur Arbeit kämen, würden sie alleamt auf die Conditminen geschickt werden. Die armen Teufel standen nun zwischen zwei Feuern: gingen sie nicht zur Arbeit, wurden sie nach den Conditminen geschickt, gingen sie zur Arbeit, so konnte es möglich sein, daß sie von den Weißen niedergeschlagen wurden, denn ein Niggerleben ist dort sehr billig. Sie hatten uns um Rat und wir mußten unter solchen Umständen den Streik abbrechen. Wenn ein weißer Arbeiter, was in den meisten Fällen der Fall ist, den Job (Arbeitsvertrag) unterschreibt, so erhält er einen Extrakontrakt, den h. ihm wird eine Kohlenstrecke mit allen Stücken vergeben. Der Weiße steht nun die Kohlenstrecke, Ueberbau und Streben voll Nigger und beutet diese aus. Der Nigger mußte 50 Kohlen zu je 1½ Tonne herausbringen, dafür erhielt er dann 150 Dollar. Mietegebühren wird dann nicht bezahlt, das steht der Herr Job in die Tasche. Da die Kohle bis zu Tage herausgeht, so werden viele tonnlige Schäden gefenkt. Das bezahlt sich besser als die weiteren Kohlentransporte unten. Die Minen sind auch klein. Die Miners wohnen in Zechenhäusern, Camp genannt. Die Grubenbesitzer errichten ein Gefängnis, in dem alles zu haben ist, und der Miner ist gezwungen, dort zu wohnen, wenn nicht, so kann er sich zum Teufel scheren. Organisiert sind die Miners dort nicht und der weiße Miner will auch keine Organisation, weil er dann den Nigger nicht mehr ausbeuten kann.

Ich ging mit einem Unternehmer nach dem sogenannten wilden Westen im Staate Washington. Dort ist jeder Arbeiter organisiert. Es hat mir dort am besten gefallen. Als Präsident Wilson durch sein Vorpreschen, das amerikanische Volk vor dem Krieg zu bewahren, wieder gewählt wurde, machte ich unheimlichweise eine Wette von 100 Dollar mit einem anderen, daß Wilson sein Wort nicht halten werde. Als dann Amerika an Deutschland den Krieg erklärte und ich meine Wette gewonnen hatte, habe ich zwar die 100 Dollar nicht gefordert, aber ich mußte plötzlich verschwinden, denn ich war als Deutscher auf einen entfernten geographischen Punkt aufmerksam geworden, wo das Klima meiner Gesundheit zuträglich sein sollte als das in Washington. Ich verschwand und kam nach Staunton. Der Staat Illinois hat ungefähr 78 000 Miners, die alle organisiert sind.

Und so, lieber Freund, sind wir schon drei Monate im Streik; er kann noch zwei bis drei Monate dauern, denn es sind absolut noch keine Ausflüchte vorhanden, ihn zu beenden. Wohl versuchen jetzt die Bergwerksbesitzer, die Lohnverträge in einzelnen Staaten zu regeln, doch ist es untererleits abgelehnt worden. Entweder mit allen Staaten oder wir bleiben im Streik. Die Sympathie ist auf Seiten der Streiker und selbst die Herren Kanzleirechner predigen, daß die Arbeiter in ihrem Rechte stünden. Die Erbitterung unter den Bergarbeitern ist sehr groß und wächst mit jedem Tag. In allen Streikbittern gibt es, nicht allein hier in Illinois, sondern auch in West-Virginia, Kentucky, Pennsylvania, Indiana und anderen Staaten. Seit dem 1. April ist es schon zu bösen Ausschreitungen gegen die Streikbrecher gekommen. Vom 15. bis 30. Juni wurden die Eisenbahner mittels Stimmzetteln für und gegen den Streik abstimmen. Treten diese am 1. Juli in den Ausstand, dann wird dem alten Onkel Sam wohl der weiße Bart etwas zerzaust werden. Ich möchte meine deutschen Brüder vor der Auswanderung nach Amerika warnen, denn fremd im fremden Lande und in Unkenntnis der Landessprache würden sie bald in bitteres Elend geraten.

Ich weiß nicht, ob es ein Zeitungsgerücht ist, daß der deutsche Ueberpatriot Hugo Stinnes seine Kapitalien in amerikanischen Industrien anlegen will. Unmöglich ist es nicht, daß er, wenn auch indirekt, durch gewissenlose Agenten trotz der Einwanderungsgesetze deutsche Arbeiter schaden würde, wie dieses leider schon früher durch Kapitalisten gescheh. Nach Pennsylvania, dem nördlichen Michigan, Colorado und in die kanadische Provinz Nova Scotia, auch Neu-Schottland genannt, wurden früher deutsche Arbeiter geschickt. Diese Leute werden noch schlimmer behandelt, als die Nigger in den südlichen Staaten. Heute morgen lese ich in der Zeitung, daß der Bergarbeiterstreik immer weitere Kreise zieht; es sind bereits 76 000 unorganisierte Bergleute in den Streik getreten.“

So weit der interessante Brief. Die Leser werden wissen, daß mittlerweile auch die Eisenbahner in den Streik getreten sind. Zeitungs-meldungen zufolge steht der Streik vor dem Ende. Sobald sichere Nachrichten vorliegen, werden wir über den Verlauf berichten.

Von den Betriebsräten.

Die „Union der Hand- und Kopfarbeiter“

ist keine „wirtschaftliche Vereinigung“ im Sinne des § 8 des Betriebsrätegesetzes. Bereits im März d. J. ist ein dahingehendes Urteil der Berginspektion Leipzig ergangen, welches damit begründet wird, daß die Union deshalb keine wirtschaftliche Organisation sei, weil in ihren Satzungen der Grundgedanke des Klassenkampfes ausdrücklich betont sei; sie erstrecke also eine politische und keine wirtschaftliche Einwirkung. Nun liegt hierzu ein neuerlicher Entscheid des Schlichtungsausschusses Leipzig vor, welcher besagt:

„In § 8 des Betriebsrätegesetzes wird betont, daß die Ziele der Vereinigungen, welchen die Vertretungsbefugnis von Schlichtungsausschüssen zugesprochen werden soll, rein wirtschaftliche sein müssen. Ferner wird in § 23 Abs. 2 der Verordnung über Tarifverträge ufm. vom 23. 12. 18 dargelegt, daß eine Vertretung beteiligter Personen durch deren allgemeine Stellvertreter, Profuratoren oder Betriebsleiter sowie durch Vertreter wirtschaftlicher Vereinigungen von Arbeitgebern oder Arbeitnehmern zulässig sei. Unter Bezugnahme auf diese Rechtsätze könnte den von der freien Arbeiterunion entsandten Vertretern die Befugnis zur Vertretung der beiden Beschwerdeführer, die ihre Angelegenheit dem Schlichtungsausschuss unterbreiten wollten, nicht zugesprochen werden, da die freie Arbeiterunion nicht eine wirtschaftliche Vereinigung, sondern auf das Räteystem gegründete Vereinigung aller möglichen Berufszweige darstellt.“

Nach diesen werden also Vertreter der Union vor Schlichtungsausschüssen nicht als Vertreter ihrer Mitglieder zugelassen.

Aus der Tarifpraxis.

Lohnverhandlungen in der Metallindustrie.

Am 2. August fanden in Berlin Lohnverhandlungen für die Metallindustrie statt. Es kam eine Einigung auf nachstehender Grundlage zustande: Die Löhne der Arbeiter werden ab 1. August 1922 um 45 + 10 = 55 M. pro Schicht erhöht. 10 M. gelten ab August für die den Braunkohlenarbeitern gewählten Deputate. Alle Arbeiter über 21 Jahre erhalten die volle Lohnsteigerung von 55 M. Außerdem wird nach den bisherigen Bestimmungen eine Erhöhung des Hausstandsgeldes um 2 M. und des Kindergeldes um 1,50 M. vorgenommen. Arbeiter unter 21 Jahren erhalten die Lohnsteigerung anteilig nach der bisherigen Staffelung. Die eventuell entstehende Differenz kommt den Arbeitern über 21 Jahre zugute.

Eine Reichstagsratsung

findet am 8. August in Berlin statt. Voraussichtlich werden die neuen Lohnverhandlungen sowie die Kohlen- und Materialpreiserhöhungen auch zu einer Erhöhung der Metallpreise führen.

Internationale Rundschau.

Die Lage der Bergarbeiter in Italien.

Einem Bericht des Generalsekretärs des italienischen Bergarbeiterverbandes vom 15. Mai 1922 entnehmen wir folgendes: Gemäßhaft sind in den Bergwerken Italiens ungefähr 60 000 Arbeiter beschäftigt. Von ihnen sind zurzeit 30 000 arbeitslos. Von diesen 60 000 Bergleuten entfallen 23 000 auf die Schiefergruben, 18 000 auf die Blei- und Zinkgruben, 10 000 auf die Kohlenbergwerke, 2600 auf die Quarzbergwerke, 2800 auf die Eisenerzwerke und 1800 auf verschiedene Erzkonzentrate.

Die hauptsächlichsten Produktionszentren befinden sich in Sardinien und in der Toskana. Ungefähr 20 000 Arbeiter sind in den

Schiefergruben von Sizilien beschäftigt und mehr als 14 000 in den Blei- und Zinkgruben von Sardinien. In den verschiedenen Braun-kohlenbergwerken sowie in den Quarz- und Eisenerzgruben der Toskana sind ungefähr 10 000 Arbeiter tätig. In den Schiefergruben der Romagna-Marche kommen 3000 Arbeiter in Betracht, ferner mehr als 3000 im Juliatischen Venezien.

In der Schieferindustrie besteht eine sehr schwere Krise. Die Schiefergruben Italiens sind geschlossen worden. Auch die Bergarbeiter in den Braunkohlengruben sind in einer sehr trüben Lage, und die Verhältnisse für die Blei- und die Zinkgruben befinden sich erst in letzter Zeit. Die Löhne der Bergarbeiter schwanken in den verschiedenen Industrien und Bergwerksbittern. Die Arbeiter der Schiefergruben von Sizilien verdienen durchschnittlich 6-7 Lire pro Tag mit 18stündiger Arbeitszeit, diejenigen von Sardinien zwischen 7 und 8 Lire und weniger für einen Arbeitstag von 8-12 Stunden. In der Toskana schwanken die Löhne zwischen einem Minimum von 9 Lire in den Braunkohlengruben und einem Maximum von 20 Lire in einigen Quarz-schieferbergwerken. In den Eisenerzgruben verdienen die Arbeiter durchschnittlich 16-17 Lire, in den Bleigruben zwischen 9 und 15 Lire. In der Toskana arbeiten die Bergleute 8 Stunden pro Tag.

In der Romagna-Marche schwanken die Löhne der Schiefergrubenarbeiter zwischen 12 und 22 Lire. Im Juliatischen Venezien bleiben die Löhne sozusagen die gleichen, und für die Blei-, die Zink- und die Quarzgruben bewegen sie sich zwischen 18, 25 und 27 Lire pro Tag. In den Kohlengruben belaufen sich die Löhne durchschnittlich auf 20 Lire pro Tag. In Piemont stellen sich die Löhne auf ungefähr 13-15 Lire.

Die den Bergarbeitern auferlegten Lohnreduktionen schwanken zwischen einem Minimum von 20 Prozent und einem Maximum von 80 Prozent. Die Forderung wurde ebenfalls durch die in den Bergwerken bestehende Krise in Mitleidenschaft gezogen wie durch die Aktion der Faschisten in den Bergwerksbittern.

Der italienische Bergarbeiterverband wurde im Mai 1920 gegründet. Die industrielle Krise des Jahres 1921 zerstörte ihn fast vollständig. Von den 200 Ortsgruppen, welche der Verband im Jahre 1920 umfaßte, bestehen zurzeit noch 50. Die Mitgliederzahl von 35 000 sank auf 7000, wobei nicht einmal alle Mitglieder die Beiträge zahlten. Der Verband kann nur weiter bestehen und seine Tätigkeit ausdehnen, wenn man ihm in dieser kritischen Periode beisteht.

Die Gesundheit des südafrikanischen Bergarbeiters.

Im südafrikanischen Bergbau besteht ein alter Streit um die Anstellung der Eingeborenen, deren Zahl bisher beschränkt war. Der große Streik der Bergarbeiter, welcher mit Grauen, die seit dem Burenkrieg nicht mehr bekannt waren, niedergeschlagen wurde, wurde in erster Linie wegen dieser Frage entzündet. Nach der Niederlage der Arbeiterchaft begann eine beispiellose Verfolgung der Arbeiter und Erschließung der Bewegung. Der Staat unterließ auch seitdem das Bestreben der Unternehmer, statt der besser bezahlten Arbeit der Weißen die billige Kullarbeit der Eingeborenen zu verwenden. Interessant ist aber das Vorwärt, der zur Begründung dafür dienen soll. Die Gesundheits- und weichen Bergarbeiters wird dabei vorgeführt. Die Regierung erklärt, daß die Gesundheit der Eingeborenen durch die Arbeit im Bergbau weniger gefährdet sei, als die der Weißen, und man müsse erstere daher in der Grube arbeiten lassen, um die Arbeitsstellen ansehnlicher der Gruben den weißen Arbeitern reservieren zu können. Ein ungewöhnliches Augenmaß dessen, wie schwer die Bergarbeiter, welche vor kurzem von Hungergegnen aus zusammengekauften wurden, durch ihre Arbeit in ihrem Gesundheit gefährdet sind.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Otto Hues Raubkette.

Angehörige, Freunde und Mitarbeiter des heimgegangenen Führers der deutschen Bergarbeiter fanden sich am 1. August nachmittags auf dem Ehrenfriedhof in Essen zu einer stillen Zerstreuung zusammen, um der Gedächtnisfeier für Otto Hues der Obhut der Familie des Entschlafenen zu übergeben. Schlicht und markant wie der Mann war, so ist das Zeichen, welches Treue und Verehrung seiner Anhänger ihm errichtet — ein etwa drei Meter hoher, weißer Granitblock, ohne Relief, nur mit der metallenen Inschrift des Namens und der Lebensjahre (1868-1922), fundet die Stelle, wo das Gesicht von Otto Hues ruht. Kamerad Huesmann leistete die Feiert mit einer kurzen, wahr empfundenen Ansprache ein. „Als in diesen Ostertagen“, so führte der Redner aus, „der Tod uns die schmerzliche Kunde rief, war es gewiß, daß es seines Stinnes bedürfte, um das Andenken an Hues zu bewahren. In Millionen Herzen hat er sich durch sein Wirken ein Denkmal gesetzt, welches unergänglich ist, denn aus Stein und Erz. Dieser Stein veranschaulicht die Person Hues. Er soll knapp und deutlich den Lebens- und auch kommenden Geschlechtern verkünden, daß hier ein Großer unserer Zeit begraben liegt. Ein Großer, der treu und schlicht sein Leben für die Arbeiterchaft einsetzte, dessen Andenken drum in der großen Bergarbeiterfamilie und darüber hinaus bei Millionen von Arbeitern aller Länder weiterleben wird. Er lebte unser Leben, das machte sehr Scheiden so schmerzhaft für uns. Et noch vermessen wir Hues klugen Rat bei den drängenden Aufgaben dieser traurigen Gegenwart; wir werden uns trotzdem durchringen müssen und werden weiter wirken im Geiste und im Sinne dieses großen Toten. Mag jeder Stein den Angehörigen und Freunden und allen, die hier vorüberkommen, zeigen, welcher Hochachtung der Verstorbenen sich in unseren Kreisen erfreute. Nur einen Teil des Dankes können wir dadurch absetzen. Otto Hues hat nicht umsonst gelebt!“

Der Bruder des Dahingegangenen übernahm dann im Namen der Hinterbliebenen den Stein in die Hülle und Obhut der Familie Hues und knüpfte daran einige Worte des Dankes für alle die Liebe und Ehre, die dem Entschlafenen erwiesen wurde. Dieser schöne Stein — ein Symbol der Treue, die die Freunde ihm stets gehalten haben — ein Symbol treuen Zusammenhaltens. Es ist das gemeinsame Werk, welches dieser Stein verkörpert; was Hues wurde, wurde er durch den Verband und umgekehrt, was der Verband der Bergarbeiter wurde, wurde er durch Hues. Otto Hues ist ein wichtiger Faktor der deutschen Wirtschaftspolitik, sondern auch ein Faktor der Weltpolitik. Kämpfen Sie im Sinne des teuren Entschlafenen weiter für Wahrheit, Recht und Freiheit, bis endlich die Sonne steigt über alle Nebel. In diesem Sinne ein herzliches Glück auf!“

Die Abendsonne rötete den Horizont — Innend umstanden die Teilnehmer das Ehrenmal. Glück auf! — ja, zu neuem Werk! ruft die ernste Zeit. Otto Hues hat für uns gelebt!

Valentin Schilwa 1.

Am 14. Juli kam der Kamerad Valentin Schilwa in Bochum durch Unglücksfall zu Tode, indem er vom Straßenbahnwagen angefahren wurde und beim Niederstürzen einen Schädelbruch erlitt. Der Verstorbenen gehörte seit 1906 dem Bergarbeiterverbande an. Seit 1910 ist er in den Zählstellen Ostrop, Ostrop III und Raupel-Dorf fortgesetzt als Verbandsfunktionär tätig gewesen. Er war oberschiedlich Vertrauensmann, Kartellfunktionär und Hilfsleiter für die freien Gewerkschaften. Oft hat er auch mehrere Kreise zu gleicher Zeit ausgeführt. Die Zählstelle Raupel-Dorf vertritt an dem Kameraden Schilwa einen der tätigen Mitglieder. Welche Sympathie er im Kameradenkreise hatte, beweist am besten die zahlreiche Beteiligung der Kameraden bei der Beerdigung. Möge ihm die Erde leicht sein!

Ordnungsverwaltung der Zählstelle Raupel-Dorf.

Neber das Anglied auf Neu-Jerusalem!

wird uns noch berichtet: Das Unterfeld im westlichen Förderum 19 23 Meter unter Tage abgerissen. Der Fabrikarbeiter Reininghaus hat dann angeordnet, daß das herabsinkende Seil auf der 7. Sohle aus dem Sumpfe herausgezogen und von dem anderen Rord gelöst werden sollte. Inzwischen ist der Schachtteiger Brinkmann erschienen und hat dagegen Einspruch erhoben. Er erklärte, daß man das Seil einfach abhauen und im Sumpfe liegen lassen soll, damit so bald wie möglich wieder die Förderung rund gehen könne. Dementprechend wurde verfahren. Nachdem das Seil am 25.lichen Rord gelöst war, mußte man dazu übergehen, die restlichen 26 Meter, die an dem westlichen Rord hängen, ebenfalls zu entfernen. Zu diesem Zwecke mußte der Rord heruntergelassen werden. Während sich der Rord nach unten bewegte, hörte man Eisenklänge und sonstige Gegenstände herunterfallen. Man gab deshalb das Haltsignal. Die dahinterstehenden Arbeiter und der Schachtbauer Hill sind in dem Sumpfe Schachte dann auf 6. Sohle gefahren, um festzustellen, ob dort etwas das Seil unterteilt von 23 Metern, welches noch an dem Rord hing.

Agitiert für unseren Verband!

zur Schonung der Verbandsbücher empfehlen wir
Bücher-Futterale zu 2,75 M.